Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 2.40 RM., halbmonatlich 1.20 RM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 19027. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 25 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.50 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 213 | Dresden, Dienstag den 11. September 1928 | 39. Jahrg.

Verstimmung gegen Verständigungspolitik

Briands Unglücksrede

Der französische Außenminister Briand hat am Montag im Völkerbund einen schweren Schlag gegen Abrüstung und Völkerverständigung geführt. Als Vorwand galt ihm der Vorstoß des deutschen Reichskanzlers zur Abrüstungsfrage. Besonders gekränkt hat ihn die Feststellung Hermann Müllers, daß das einfache Volk die Friedensreden und Friedenspakte zugleich mit dem Aufrüsten und der Hintertreibung jeder Abrüstung als „eine Politik mit doppeltem Gesicht" empfinde. So machte sich denn Briand, der ehemalige Sozialist und langjährige Friedensförderer, in einem gereizten Augenblick zum Wortführer der Rüstungsinteressenten und versetzte der so mühseligen deutsch-französischen Verständigungspolitik einen verletzenden Hieb.

Reichskanzler Müller hatte in seiner klaren und starken Rede den deutschen Friedenswillen betont und den Anspruch auf Abrüstung aus dem Versailler Vertrag hergeleitet, der da vorsieht, daß die Abrüstung Deutschlands der Vorläufer der allgemeinen Abrüstung sein soll. Müller wiederholte die Feststellungen der Ententemächte: Deutschland ist abgerüstet. Die Vorbedingung ist also erfüllt, nun rüstet ihr ab!

Briand raffte nun all seine Redekunst und Dialektik zusammen, um die einfache Tatsache, daß man nur mit Worten den Frieden versichert, daß man aber nicht abrüstet, zu verschleiern. Wohl feierte er Locarno und Kriegsächtungspakt als Taten, aber sie sind doch Taten, die keine Kriegsrüstung verhinderten oder auch nur verminderten. Der Völkerbund sei der starke Hort des Friedens, an den er glaube. Wenn die „Rüstungsbegrenzung" so langsam gehe, so sei es erklärlich, weil ein Land (Rußland) unbegrenzt aufrüste und geradezu zum „Heiligen Kriege" gegen alle Völker vorbereite. Deutschland sei entwaffnet, gewiß, aber es habe ein Kader heer von Offizieren und Unteroffizieren, das schnell in ein Millionenheer umgewandelt werden könne. Und im übrigen sei Deutschland „kriegspotentiell". Potenz heißt Kraft, heißt Fähigkeit. Bei einem so industriell entwickelten Lande sei die Kriegsfähigkeit rasch und sicher gegeben, die gewaltige Industrie könne sofort in eine Kriegsindustrie umgestellt werden.

Man faßt sich an den Kopf, daß gerade Briand diese wackligen Argumente benutzt, die er bisher nie gelten ließ, die er gegen seine französischen Nationalisten sogar bekämpft hat. Denn diese Verdachtsgründe liegen bei jedem industriell entwickelten Lande vor, sind also nichts weiter als die ewige Ausrede der Kriegsrüster in allen Ländern. Wenn sie wahr sind, dann darf für alle Zeiten nicht abgerüstet werden — im Gegenteil. Die alle Welt erfassende rasende Industrialisierung bedroht dann den Frieden von Tag zu Tag schärfer. Briand hat sich vor seiner eigenen Vergangenheit erniedrigt.

Aber auch für Deutschland ist dies Argument jetzt eine Ungerechtigkeit. Abgesehen davon, daß die deutsche Armee gegenüber den Armeen der Großmächte ein Waisenknabe ist, vergißt Briand die Einstellung des deutschen Volkes, das geführt wird von den Friedens- und Verständigungsideen der Sozialdemokratie. Wohl sind die Hetzarbeit der Deutschnationalen und ihr beständiges Rüstungstreiben nicht zu unterschätzen. Aber ihm gegenüber wird man bei uns schon Herr, besonders wenn das provozierende Wettrüsten der andern Mächte endlich begrenzt und damit der deutschen nationalistischen Agitation das Wasser abgegraben würde.

Was bedeutet die Wendung Briands? War sie nur eine vorübergehende Schwankung, geboren aus einer persönlichen Verärgerung über den bedeutungsvollen Vorstoß Müllers? Oder soll sie von ihm dauernd beibehalten werden? Dann Gute Nacht Hoffnungen auf Frankreich. Dann ist auf einen Fortschritt in der praktischen Verständigungspolitik vorerst nicht zu rechnen, dann wird auch die Vereitelung der Abrüstungsbestrebungen durch Frankreichs Macht und Einfluß noch bedrohlicher offenkundig werden.

Briand hat es in der Hand, durch seine Taten sofort zu zeigen, ob seine Worte bloß Verärgerung oder reaktionäre Politik waren. Denn er muß zum Räumungsbegehren Deutschlands Stellung nehmen. Entweder ja, oder Nein, oder Verschleppen. Vieles deutet hier auf Ausflucht, Verzögerung, Verschleierung. Dann weiß man Bescheid.

Es bleibt immer eine Tragik, wenn sich Vertreter einer besseren Vergangenheit schließlich zu Instrumenten der Reaktion hergeben. Es bestätigt, daß hinter den politischen Personen die starken wirtschaftlich-politischen Machtkräfte stehen, die diese Staatsmänner ihre Gewalt fühlen lassen und ihnen ihre Interessen aufzwingen. So gilt es, wieder an die Völker zu appellieren, an die lebendigen, schaffenden Schichten, die durch Willensbildung und Willensgemeinschaft das stärkere Wort über die Köpfe der versagenden Diplomaten hinweg sprechen müssen.

Die Friedenspolitik muß als soziale Lebensnotwendigkeit von der Arbeiterklasse erzwungen werden.

* * *

Vorstoß aus Verärgerung

P. Genf, 10. September 1928. (Eig. Drahtb.)

Das Ereignis der Debatte der Völkerbundversammlung am Montag war die Rede des französischen Außenministers Briand — oder sollte es sein. Die mit ungeheurer Spannung erwartete Rede muß jeden Friedensfreund enttäuschen. Sie zeigte in erschreckendem Maße, wie alt Briand geworden ist, wie weit er sich entfernt hat von jenem jungen Briand, der 1899 den Generalstreik gegen den Krieg und die Kriegsdienstverweigerung predigte, der noch 1905 als junger sozialistischer Advokat bei einer Verteidigung streikender Arbeiter stolz gegenüber dem Gericht betonte, daß er nicht als bezahlter Rechtsanwalt, sondern als

revolutionärer Mitstreiter der Arbeiter

für die Befreiung der Arbeiter und die Erschaffung einer Welt des Friedens auf der Tribüne stehe. — Der Briand, der am Montag sprach, war ein vorsichtiger,

routinierter Diplomat,

der sehr geschickt mit den Worten spielte, aber jedes begeisterte Einstehen für eine Sache peinlichst vermied. Die rednerische Widerlegung der Ausführungen des Reichskanzlers Müller war ihm wertvoller als eine sachliche und ehrliche Nachprüfung der Müllerschen Kritik am Völkerbund. **Nicht nur in den Kreisen der deutschen Völkerbunddelegation, sondern allgemein in der Völkerbundversammlung herrscht nach der Rede die Meinung vor, daß sie nicht zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und nicht zu einer Förderung der Abrüstungsarbeiten beitragen könne.**

Dagegen muß zugegeben werden, daß sie die französische nationalistische These mit großer Geschicklichkeit verteidigte.

Briand betonte zu Anfang seiner Rede, daß er sich mit den beiden von verschiedenen Rednern hervorgehobenen Punkten, Abrüstung und Minderheitenproblem, beschäftigen wolle. Statt Abrüstung sage man exakter Begrenzung der Rüstungen. Nachdem Briand dann seinen unerschütterlichen Glauben an den Völkerbund, den er die einzige Zuflucht der Völker vor neuem Kriege nannte, hervorgehoben hatte, erklärte er mit einem deutlichen Seitenhieb gegen den Brüsseler Sozialistenkongreß: „Wir sind hier in Genf keine Parteimänner, hier hat sich keine Internationale von Parteien versammelt, sondern eine Internationale der Nationen, respektive ihrer Staatsmänner, die für ihre Mission verantwortlich sind und danach zu handeln haben. Sie können nicht nach bequemen orthodoxen Doktrinen handeln. Der Völkerbund aus mehr denn 50 Nationen ist verpflichtet, mit gemessenem Schritt und vorsichtig vorwärts zu gehen." Den Völkern, die nach den Akten von Locarno und Paris eine Entscheidung bezüglich der Abrüstung verlangten, müsse man erwidern, daß

eine unmittelbare Herabsetzung der Rüstungen nichts anderes als eine theatralische Manifestation sein könne.

Im übrigen sei es falsch, daß sich die Rüstungen vermehrt hätten. Ohne die französischen Zahlen im Gedächtnis zu haben, könne er sagen, daß Frankreich durch eine Herabsetzung der Dienstzeit und der Anzahl der Soldaten sein Heer in enormem Ausmaß reduziert habe. Dagegen sei es unmöglich, daß ein Land in Europa, das noch nicht Mitglied des Völkerbundes sei — womit Briand Rußland meinte — energisch aufrüste. Dieses Land scheine

eine Art Heiligen Krieg vorzubereiten

und hetze die Klassen in allen Ländern gegeneinander auf. Die Völkerbunddelegierten müßten diesem Geisteszustand und dieser Wirklichkeit Rechnung tragen. **Die völlige Abrüstung, ohne den sozialen Frieden verwirklicht zu haben, bedeute die Anarchie.**

In weiteren Teilen seiner Rede wandte sich Briand gegen die Erklärung Müllers, daß Deutschland abgerüstet habe, und wiederholte dabei die aus der französischen nationalistischen Presse bekannten Argumente, daß Deutschland die Möglichkeit schnellster Kriegsmaterialherstellung habe und daß seine Armee eine Armee von Offizieren und Unteroffizieren sei, die als Kaderarmee aufgefaßt werden müsse. Das französisch-englische Rüstungsabkommen habe nur die Aufgabe, die Arbeiten des Völkerbundes zu erleichtern. Gewiß würde Frankreich den Artikel 8 des Pakts erfüllen, aber wie weit abgerüstet werden könne, hänge von der Sicherheit der Staaten ab.

Auch in bezug auf die Minderheitenfrage war Briand sehr zurückhaltend und kühl. Es handele sich um eine delikate Frage, die bei einem allzu scharfen Eingreifen eine neue Ursache der Unsicherheit werden könne. So respektabel gewisse Doktrinen und eine gewisse Agitation seien, so müßten sie doch hinter dem einen Ziel, hinter dem Frieden, zurückstehen.

(Urteile über Briands Rede siehe folgende Seite)

„Der bewährte Kapitalismus"

In Köln haben sich, wie bereits berichtet wurde, die deutschen Bankherren zu einer Tagung zusammengefunden. Die Herren Bankdirektoren und Bankiers sind die Sachwalter des Finanzkapitals, das heute im deutschen Wirtschaftsleben wieder eine entscheidende Führerrolle spielt. In der Inflationszeit waren die Bankherren neben den großen Sachwertbesitzern in den Hintergrund getreten. Damals war der der Mächtigere, der Sachwerte in der Hand hatte, die der Geldentwertung nicht unterlagen, heute aber, in der Zeit der Geld- und Kapitalknappheit, ist der Einfluß der Bankleute, ohne deren Unterstützung kaum ein industrieller Betrieb auch nur einen Tag lang weiterleben kann, wieder riesengroß.

Die Herren von den Banken müßten keine Unternehmer sein, wenn in ihren Reden nicht die üblichen Klagen über die Belastung der Wirtschaft durch Sozialpolitik und Steuern erschienen. Aber trotz diesen unvermeidlichen Klagen werden die Bankherren nicht bestreiten können, daß sie im Grunde genommen mit Genugtuung auf die Entwicklung der letzten Jahre zurücksehen können und einer der Führer des deutschen Bankgewerbes, Jakob Goldschmidt, von der Darmstädter und Nationalbank, erklärte mit Stolz, daß der private Kapitalismus sich „bewährt" habe. Allerdings für Bankdirektoren und Bankiers hat sich der Kapitalismus „bewährt". Die Verluste, die ihnen Krieg und Inflationszeit brachten, haben sie zum guten Teil wieder ausgleichen können. Unsere Aktiengesellschaften hatten 1927 ein recht gutes Jahr, das ihnen steigende Erträge brachte. Die Kapitalbildung hat in Deutschland wieder einen beträchtlichen Umfang angenommen, trotzdem immer wieder behauptet wird, daß unseren armen Kapitalisten zuviel weggesteuert werde. Die Einlagen bei den Banken, haben sich wieder zu gewaltigen Summen gehäuft.

Der Kapitalismus bewies in den Jahren nach dem Kriege eine bedeutende Anpassungsfähigkeit und Leistungsfähigkeit, wobei er freilich sein Gesicht sehr geändert hat. Auf vielen Gebieten, auf denen früher völlige Organisationslosigkeit herrschte, sind heute gewaltige Gebilde entstanden, die verhindern, daß ein rücksichtsloser Konkurrenzkampf die Profite der Unternehmer allzu sehr zurückschraubt. Wenn man die Entwicklung vom Standpunkt des Bankherrn aus ansieht, so kann man damit ganz zufrieden sein.

Daß die Dinge wesentlich anders aussehen, wenn man sie nicht mit den Augen des Bankiers, sondern mit den Augen des Arbeiters sieht, sieht natürlich die kapitalgewaltigen Herren, die da in Köln versammelt sind, nicht an. Dieser Kapitalismus, der sich angeblich so bewährt hat, hat freilich die Geldschränke manches Großkapitalisten wieder recht schön gefüllt, aber er hat nicht verhindern können, daß in den modernen Industrieländern selbst in Zeiten einer verhältnismäßig günstigen Konjunktur Hunderttausende arbeitslos waren, er hat der Wohnungsnot nicht abhelfen können und wenn hier nicht die so viel geschmähte öffentliche Hand mit ihren Unterstützungen eingriffe, so hätten wir noch katastrophalere Zustände, von denen man sich kaum ein Bild machen kann. Und dieser „bewährte" Kapitalismus kann auch nicht verhindern, daß Millionen und Milliarden des Volksvermögens in sinnloser Weise verschleudert werden. Man braucht nur daran zu denken, daß in vielen Industrien, so in der Kohlen-, der Kali- und der Zementindustrie, viel mehr Betriebe geschaffen wurden, als jetzt ausreichende Beschäftigung finden können. Anlagen, die man mit einem Aufwand von Millionen errichtet hatte, werden stillgelegt, ihre Maschinen ins alte Eisen geworfen. Aber was schadet das alles. Die Herren Bankdirektoren bekommen trotzdem ihre hohen Gehälter und ihre schönen Tantiemen. Für sie hat sich der Kapitalismus „bewährt".

Kein Wunder, daß diese Herren sehr ärgerlich darüber sind, daß im fortschreitenden Maße die öffentliche Hand im Wirtschaftsleben vordringt, daß heute Betriebe in unserer Volkswirtschaft eine große Bedeutung gewonnen haben, die nicht nur die Aufgaben haben, die Taschen des Privatkapitalisten zu füllen. Deshalb wurde in den Reden auf dem Bankiertag auch entschieden Front gegen diese Betätigung der öffentlichen Hand auf wirtschaftlichem Gebiet gemacht. Ein Redner, ein Dr. Eberstadt, forderte, die öffentlichen Gelder sollten bei der Reichsbank zinslos angelegt werden, damit diesen Körperschaften möglichst die Lust vergänge, überhaupt große Summen anzusammeln. Die Bankherren wünschen, daß nur sie allein Verfügungsmacht über Geld und Kapital haben, damit sie die Wirtschaft unbeschränkt beherrschen können. Man nahm natürlich in Köln auch Stellung gegen die Forderung der Gewerkschaften, die sich in Hamburg für eine Ausdehnung der Gemeinwirtschaft eingesetzt haben.

Dabei haben, soweit sich aus den vorliegenden Berichten ersehen läßt, die Herren in Köln nicht versucht, zu

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19280911/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG